

Stellungnahme

für die Anhörung des Finanzausschusses zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Transparenzrichtlinie- Änderungsrichtlinie (BT-Drucksache 18/5010) am 7. September 2015

1. Über WEED

WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) ist ein gemeinnütziger Verein und arbeitet seit vielen Jahren zur Regulierung der Finanzmärkte. Schwerpunkte waren dabei die EU-Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente (MiFID) und die Bekämpfung von Steuerflucht und -vermeidung, unter anderem durch größere Transparenz transnationaler Unternehmen.

2. Im Entwurf fehlen öffentliche länderspezifische Berichte für alle Unternehmen

WEED kann zu dem vorliegenden Gesetzesentwurf nicht umfassend Stellung nehmen. Allerdings sehen wir in dem Entwurf eine große Lücke hinsichtlich der nötigen Transparenz transnationaler Unternehmen, konkret bei der Veröffentlichung von länderspezifischen Kerndaten (einschließlich der Steuerzahlungen) aller Unternehmen. Bundesregierung und Bundestag könnten erneut eine Chance verpassen, dieses wichtige Mittel gegen die aggressive Steuervermeidung transnationaler Unternehmen endlich umzusetzen. Dabei ist nicht einmal mehr die Wirtschaft kategorisch dagegen: Vergangenes Jahr hat eine Umfrage der Steuerprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers ergeben, dass 59 Prozent der Unternehmenschefs solche öffentlichen Berichte befürworten.¹

Dahinter bleibt der Gesetzesentwurf leider erneut weit zurück. Er beschränkt sich darauf, höhere Transparenz für Rohstoff- und Forstunternehmen vorzuschreiben (§37x-Entwurf WpHG). Das ist allerdings nur die Umsetzung von EU-Vorgaben. Der Bundestag sollte gegenüber dieser Minimallösung Deutschland zum Vorreiter bei der Unternehmenstransparenz machen, indem er eine entsprechende Änderung an dem Gesetzesentwurf vorschlägt.

Genau das hat kürzlich das Europäische Parlament getan: Bei der laufenden Überarbeitung der Richtlinie zu „bestimmten Elementen der Erklärung zur Unternehmensführung“ hat es am 8. Juli 2015 vorgeschlagen, für alle Großunternehmen länderspezifische Berichte einzuführen.² Der entsprechende Änderungsvorschlag wurde mit klarer Mehrheit beschlossen, und zwar mit Stimmen aus den meisten Fraktionen, darunter fast die gesamte sozialdemokratische (S&D) und liberale (ALDE) Fraktion, und sogar mit Stimmen der christlich-konservativen (EVP) Fraktion, von der sich sonst der Großteil der Abgeordneten nur enthielt, aber nicht dagegen

¹ http://www.pwc.es/en_GX/gx/tax/publications/assets/ceo-survey-tax-perspectives.pdf, S. 17.

² <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P8-TA-2015-0257&language=DE>.

stimmte.³ Der vom Parlament vorgeschlagene neue Artikel 2a der Richtlinie sieht folgende länderspezifische Daten zur Veröffentlichung vor:

- (a) Name(n), Art der Tätigkeiten und Belegenheitsort,
- (b) Umsatz,
- (c) Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten,
- (d) Wert der Aktiva und jährliche Kosten der Erhaltung dieser Aktiva,
- (e) Verkäufe und Ankäufe,
- (f) Gewinn oder Verlust vor Steuern,
- (g) Steuern auf Gewinn oder Verlust,
- (h) erhaltene staatliche Beihilfen.
- (i) Muttergesellschaften erstellen neben den einschlägigen Daten ein Verzeichnis der in jedem Mitgliedstaat oder Drittstaat tätigen Tochterunternehmen.

3. Warum braucht es länderspezifische Berichte und warum sollen sie öffentlich sein?

Es ist das Recht der Bevölkerung eines Landes, zentrale Daten zu den Unternehmen zu kennen, die in diesem Land aktiv sind, in dem die Menschen arbeiten und von dessen Steuern die Infrastruktur für die Unternehmen finanziert wird.

Länderspezifische Berichte, vor allem wenn sie veröffentlicht werden, können dabei helfen, Steuervermeidung aufzudecken und vorzubeugen. Deshalb werden sie auch schon lange von zivilgesellschaftlichen Organisationen wie dem Tax Justice Network, Oxfam, ChristianAid, Transparency International, dem Netzwerk Steuergerechtigkeit oder auch WEED gefordert.⁴ Es geht dabei nicht um detaillierte Daten zu einzelnen Transaktionen, wie sie im BEPS-Prozess von G20 und OECD (Aktionspunkt 13) vorgeschlagen wurden, sondern nur um Kerndaten, auch wenn die oben zitierte Liste des Europäischen Parlaments noch etwas erweitert werden sollte. In Finnland werden solche Daten auch schon veröffentlicht, Dänemark hat zumindest die Möglichkeiten dafür geschaffen.

Die Gründe für eine Veröffentlichung der Berichte sind vielfältig:

- Die **Öffentlichkeit** (Zivilgesellschaft, Medien) kann helfen, Missstände bei Unternehmen zu erkennen, vor allem hinsichtlich der Steuerzahlungen. Die Beschränkung der Information auf Behörden hingegen erlaubt keine so intensive Analyse, denn Behörden können korrupt, unwillig oder überfordert sein. Letzteres ist sogar in Deutschland ein Problem, wie zuletzt die Enthüllungen zu Luxemburg Leaks gezeigt haben. Vorbild für die Veröffentlichung ist die internationale „Extractive Industries Transparency Initiative“ (EITI), auf die sich auch der vorliegende Gesetzesentwurf bezieht. Im Fortschrittsbericht 2014 der EITI⁵ heißt es treffend: “Armed with payment and revenue information, it is up to citizens, community leaders, civil society organisations and the media to hold public officials accountable for the use of their country’s extractives revenue to improve

³ Vgl. die namentlichen Abstimmungsergebnisse auf S. 205 unter <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fNONSGML%2bPV%2b20150708%2bRES-RCV%2bDOC%2bPDF%2bV0%2f%2fEN&language=EN>.

⁴ Für einen Überblick siehe Richard Murphy (2012): Country-by-Country Reporting. Accounting for globalisation locally. Report for the Tax Justice Network. <http://www.taxresearch.org.uk/Documents/CBC2012.pdf>.

⁵ EITI Progress Report 2014, S. 5. https://eiti.org/files/EITI_ProgressReport_2014_En_Web_Interactif_r.pdf.

services, infrastructure and other public goods. (...) The primary purpose of the EITI Reports is to inform the debate within each country.“ Nicht zutreffend ist dabei das Argument, im Rohstoff-Sektor gebe es besonders viel Korruption, deshalb brauche es nur dort mehr Transparenz. Denn zum einen sind laut Transparency International einige Sektoren sogar korrupter als der Rohstoffsektor, nämlich öffentliche Aufträge insgesamt, der Immobiliensektor und Versorgungsbetriebe (utilities).⁶ Und zum anderen geht es eben bei der Transparenz nicht nur um Korruption, sondern auch um Steuern.

- Die **Wissenschaft** kann bessere Analysen über Unternehmen und ihre Steuerzahlungen anstellen. Mit der aktuellen Datenlage ist es oft schwer oder gar unmöglich, solide Forschung zu betreiben.
- Selbst **Behörden** haben mit öffentlichen Berichten einen leichteren Zugang, als wenn nur direkt an sie in komplizierten Verfahren verschlüsselte Daten gemeldet werden. Dies umso mehr als bei den geplanten länderspezifischen Veröffentlichungen im Rahmen von BEPS zu befürchten ist, dass nicht alle betroffenen Behörden ausreichende Informationen bekommen werden. Insbesondere für Behörden aus Entwicklungsländern – welche besonders von Steuervermeidung betroffen sind⁷ – wäre es eine Erleichterung, wenn die Daten in leicht zu verarbeitenden Fassungen im Internet verfügbar wären.
- Schließlich können **Investoren/innen bzw. Aktionäre/innen** die Integrität und Nachhaltigkeit von Geschäften eines (börsennotierten) Unternehmens besser einschätzen. Hinzu tritt hier zunehmend die Möglichkeit, dass ein Unternehmen für Steuerhinterziehung belangt oder für aggressive Steuervermeidung von Öffentlichkeit und Kundschaft kritisiert werden könnten. Unternehmen sehen dies selbst inzwischen als ein finanzielles und Reputationsrisiko, was auch die freiwilligen Steuernachzahlungen von Starbucks in Großbritannien oder die Neuordnung der Geschäfte von Amazon in Deutschland dieses Jahr gezeigt haben, die in Reaktion auf Proteste der Bevölkerung erfolgten.

4. Bankdaten deuten auf Steuervermeidung und unproblematische Veröffentlichung hin

Die europäischen Banken müssen seit diesem Jahr als bislang einzige Branche neben der Rohstoff- und Forstwirtschaft (und in teils größerem Umfang) länderspezifische Daten veröffentlichen. Die ersten Zahlen⁸ zeigen trotz gewisser Schwächen in der Datenqualität, dass massive Steuervermeidung vorliegen dürfte. Die Deutsche Bank zum Beispiel weist sehr niedrige Steuerzahlungen trotz hoher Gewinne in wichtigen Standorten wie Hongkong und Singapur auf, beides notorische Steueroasen (siehe Tabelle nächste Seite). Die Deutsche Bank ist auch in der ersten größeren Auswertung der Daten durch den britischen Steuerberater und -analysten Richard Murphy an führender Stelle, wenn es um Gewinnverlagerung geht.⁹

⁶ <http://www.transparency.org/bpi2011/results>.

⁷ Vgl. IWF (2014): Spillovers in international corporate taxation. IMF Policy Paper, 9. Mai 2014. <http://www.imf.org/external/np/pp/eng/2014/050914.pdf>; Ernesto Crivelli / Ruud A. de Mooij / Michael Keen (2015): Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries. IMF Working Paper 15/118, 29. Mai 2015. <http://www.imf.org/external/pubs/cat/longres.aspx?sk=42973.0>; UNCTAD (2015): World Investment Report, Chapter V. International Tax and Investment Policy Coherence. http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2015_en.pdf.

⁸ <https://annualreport.deutsche-bank.com/2014/ar/notes/additional-notes/45-country-by-country-reporting.html>.

⁹ Richard Murphy (2015): European Banks' Country-by-Country Reporting. A review of CRD IV data. July 2015. Report for the the Greens/EFA MEPs in the European Parliament. <http://www.taxresearch.org.uk/Documents/CRDivCBCR2015.pdf>.

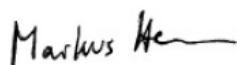
Die von den Banken veröffentlichten Daten zeigen, dass die Wirtschaft die Daten technisch und mit vertretbarem Aufwand liefern kann. Zudem gehen anscheinend keine schädlichen ökonomischen Wirkungen von einer Veröffentlichung aus. Schon letztes Jahr hatte die Prüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers in einer für die EU-Kommission erstellten Studie festgestellt, dass die Veröffentlichung keine negativen sondern sogar leicht positive wirtschaftliche Wirkung hat.¹⁰

Deutsche Bank Country-by-Country Report 2014

	Umsatz (Mio. €)	Angestellte (Vollzeit- Äquivalente)	Gewinn (Verlust) vor Steuern (Mio. €)	Steuern (Mio. €)	Gewinn/ Steuern	Angestellte/ Umsatz	Steuern/ Gewinn
Deutschland	12.037	45.392	1.980	-440	0,16	3,77	0,22
USA	7.702	9.972	1.080	-274	0,14	1,29	0,25
Großbritannien	3.806	8.057	-2.241	120	-0,59	2,12	0,05
Singapur	1.089	1.905	443	-24	0,41	1,75	0,05
Italien	1.082	3.979	95	-55	0,09	3,68	0,58
Hongkong	941	1.266	272	-39	0,29	1,35	0,14
Luxemburg	812	610	549	-157	0,68	0,75	0,29
Japan	602	686	257	-108	0,43	1,14	0,42
Spanien	541	2.522	-64	20	-0,12	4,66	0,31
Indien	529	10.456	344	-160	0,65	19,77	0,47
Niederlande	419	862	1	0	0,00	2,06	0,00
Schweiz	357	726	3	-2	0,01	2,03	0,67
Australien	357	547	49	-12	0,14	1,53	0,24
China	313	524	193	-45	0,62	1,67	0,23
Polen	277	2.191	88	-20	0,32	7,91	0,23
Belgien	183	644	17	0	0,09	3,52	0,00
Russland	161	1.276	77	-20	0,48	7,93	0,26
Südkorea	152	310	52	-13	0,34	2,04	0,25
Brasilien	145	334	40	-18	0,28	2,30	0,45
Indonesien	127	296	74	-19	0,58	2,33	0,26

Quelle: Deutsche Bank, eigene Berechnungen

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.



Markus Henn
(Referent für Finanzmärkte)

WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V., Eldenaer Str. 60, 10247 Berlin
Ansprechpartner: Markus Henn, Tel. 0049-(0)30-27582-249, markus.henn@weed-online.org

www.weed-online.org

¹⁰ European Commission (2014): General assessment of potential economic consequences of country-by-country reporting under CRD IV. Study prepared by PwC for the European Commission DG Markt. September 2014. http://ec.europa.eu/internal_market/company/docs/modern/141030-cbcr-report_en.pdf.